Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31507
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 606
Postscheck-Konto: Nr. 617 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Illust. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Reisestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.–. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lieferpreis. Druck: Clemens Lankgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, übern. wir eine Garantiert. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
87. Jahrgang

Anzeigen werden die 8gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzen werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

261 — Dienstag, den 10. November — 1925

Wieder ein deutscher Rheinland-Kommissar

Keine Verminderung der Besatzungstruppenzahl — Die alliierten Kriegsgerichte bleiben bestehen — Morgen wieder Parteiführerbesprechung

v. Simmern, der neue Rheinlandkommissar

Amtlich wird mitgeteilt:

Im Anschluß an die Verhandlungen in Locarno war die Reichsregierung mit den an der Besatzung des Rheinlandes beteiligten Mächten wegen Wiederernennung des Reichskommissars bei der Interalliierten Rheinlandkommission in Verhandlungen eingetreten. Die Reichsregierung hatte diesen Mächten davon Mitteilung gemacht, daß sie für diesen Posten den deutschen Botschafter in Madrid, Frhrn. Langwerth v. Simmern ausersehen habe, und hat nun die Nachricht erhalten, daß dieser Ernennung zugestimmt werde. Hierbei ist von den Besatzungsmächten ausgedrückt worden, daß ebenso wie sich nach ihrer Ueberzeugung der neue Reichskommissar vom Geiste der Verhandlungen in Locarno leiten lassen werde, auch die Interalliierte Rheinlandkommission sich ihrerseits diesem Geiste getreulich anpassen wolle.

Die Antwort der Botschafterkonferenz

Die Botschafterkonferenz hat der deutschen Botschaft in Paris den Inhalt der Antwort der Botschafterkonferenz übermittelt. Der Text dieser Antwort ist am Sonnabend in Berlin eingetroffen.

Wie wir hören, wird die deutsche Antwort auf die Note der Botschafterkonferenz bereits am Donnerstag überreicht werden. Die Reichsregierung hat bereits die Ressortstellen damit beauftragt, die Vorschläge auszuarbeiten, die Deutschland zur Beilegung der noch strittigen Punkte der Entwaffnungsfrage machen soll. Schon in den letzten Tagen hat man sich sehr eingehend im Reichskabinett mit der Abrüstungsfrage beschäftigt und ist dabei zum Schluß gekommen, daß von deutscher Seite aus neue Vorschläge gemacht werden könnten. In Berliner Regierungskreisen nimmt man an, daß es gelingen wird, die Angelegenheit vor dem 1. Dezember zu bereinigen und daß dann die Durchführung der Räumung der Kölner Zone begonnen werden kann.

Vor einer neuen Kanzlerrede

(Eigener Informationsdienst.)

Reichskanzler Dr. Luther wird am Mittwoch auf einem Bankett der Berliner Kaufleute und Industriellen eine neue Rede über das Vertragswerk von Locarno halten. Wie wir hören, werden die Ausführungen des Kanzlers von großer politischer Bedeutung sein, da die Frage der Rückwirkungen des Sicherheitspaktes in ein neues Stadium eingetreten ist, und da es besonders darauf ankommt, den deutschen Standpunkt nochmals in der nachdrücklichsten Form darzulegen. Die Rede des Kanzlers soll aber auch auf die wirtschaftlichen Momente eingehen, die durch das Zustandekommen der Paktverträge besonders stark beeinflußt werden, zumal in weitesten Kreisen noch immer völlige Unklarheit darüber herrscht, in welch hohem Maße die deutsche Wirtschaft auf die befriedigende Lösung der außenpolitischen Aufgaben angewiesen ist.

Luther und Loebe konferieren

Reichstagspräsident Loebe ist in Berlin eingetroffen und hat sofort mit dem Reichskanzler Dr Luther Fühlung genommen, um sich über die Frage des Wiederzusammentritts des Parlaments mit der Regierung zu verständigen. Die Besprechung hat, wie wir erfahren, in der Frage der Einberufung des Reichstages kein neues Moment ergeben. Vielmehr waren sich der Kanzler und der Reichstagspräsident völlig einig darüber, daß die Entscheidung über die Annahme der Locarno-Verträge durch den Reichstag nicht eher erfolgen kann, als bis die außenpolitische Lage hinreichend geklärt ist.

Ein offener Brief an den Kanzler

3 Fragen an Dr. Luther

Von einer prominenten Persönlichkeit wird nachfolgender „Offene Brief" an den Herrn Reichskanzler veröffentlicht. Der Verfasser möchte nur deshalb nicht genannt sein, damit die Sache selbst gefördert wird. Er schreibt:

Wir, das heißt, der gemeine Mann, das deutsche Volk, wir haben die Vereinbarungen von Locarno gelesen und wir lesen täglich die offiziellen und nicht offiziellen Zeitungsberichte hierzu. Aber weder die einen noch die anderen können wir verstehen. Woran dies liegt, ist sachlich gleichgültig, jedenfalls ist es Tatsache. Wir glauben daher als Bürger eines demokratischen Staates berechtigt zu sein, Sie, Herr Reichskanzler, um die Beantwortung folgender Fragen bitten zu dürfen:

1. Ist Deutschland verpflichtet, im Falle eines Krieges zwischen Rußland einerseits und einer oder mehreren Völkerbundsmächten andererseits in irgendwelcher Form aktiv einzugreifen, gleichgültig, wer von beiden Parteien der Angreifer ist?

2. Ist Deutschland verpflichtet, im Falle eines solchen Krieges deutsche Truppen oder deutsches Kriegsmaterial zur Verfügung zu stellen?

3. Hat eine der Völkerbundsmächte in einem solchen Falle das Recht des Durchtransportes von Truppen oder Kriegsmaterial durch Deutschland?

Diese Fragen sind so klar gestellt, daß sie ohne viele Worte mit einem einwandfreien Ja oder Nein beantwortet werden können.

Nur, wenn Sie, Herr Reichskanzler, diese drei Fragen mit einem klaren „Nein" beantworten, wird das deutsche Volk wissen, daß ihm von dieser Seite kein neuer Krieg droht. Wir hoffen von Ihnen die gewünschte Antwort zu erhalten und bitten Sie in diesem Falle, die gleichen Fragen offiziell an die die anderen vertragschließenden Mächte zu richten. Wenn diese ebenfalls mit „Nein" antworten, werden alle Völker die Beruhigung haben, daß in den Vereinbarungen von Locarno nicht Formulierungen gewählt wurden, die jede Macht gegebenenfalls auslegen kann, wie sie will.

Sind das Rückwirkungen?

Nach Havas haben die Alliierten in der Frage der „Rückwirkungen" auf das besetzte Gebiet zwar einzelne Erleichterungen zugestanden. Die Kriegsgerichte aber sollen, wenn auch mit verminderten Befugnissen gegenüber der deutschen Bevölkerung, weiterbestehen, und die Verminderung der Zahl der fremden Truppen auf den Stand weiland der deutschen Friedensorganisation, rund 40 000 Mann, haben die Alliierten nicht zugestanden.

Der spanisch-deutsche Zollkrieg

(Eigener Informationsdienst.)

Die spanische Regierung hat den Zollkrieg gegen Deutschland am Montag früh eröffnet, indem sie auf die Einfuhr deutscher Waren nach Spanien einen 80 prozentigen Aufschlag gesetzt und den deutschen Handelsverkehr nach den spanischen Kolonien ebenfalls durch schroffe Maßnahmen erschwert hat. Damit ist jetzt die deutsche Regierung vor die Frage gestellt, ob sie mit energischen Repressalien auf das Vorgehen Spaniens antworten oder aber die weitere Entwickelung der Dinge abwarten soll. Wie wir hören, dürfte sich die Reichsregierung für den letzteren Weg entscheiden. Sie wird versuchen, die spanische Regierung zur Zurücknahme ihrer Maßnahmen zu veranlassen und mit Beschleunigung neue Verhandlungen anzuknüpfen. Führt dieser Versuch nicht zum Ziel, so wird Deutschland allerdings seinerseits ebenfalls den Zollkrieg gegen Spanien durchführen müssen.

(Die Hoffnungen auf eine Vermeidung dieses höchst betrüblichen und bedauerlichen Wirtschaftskampfes mit Spanien sind also zunichte geworden. Der von den Spaniern nunmehr auf alle deutschen Waren gelegte 80 prozentige Zuschlag zum spanischen Höchsttarife ist einfach untragbar. Man braucht hierbei nur an den Zustand vor 2 Jahren zu erinnern, als die Spanier vorübergehend für die deutsche Wareneinfuhr 80 Prozent Zuschlag auf den spanischen Mindesttarif legten. War bereits damals ein derartiger Zoll katastrophal, so ist der jetzt von Spanien verlangte Höchsttarif plus 80 Prozent Zuschlagszoll gleichbedeutend mit einer völligen Sperrung der deutschen Einfuhr nach Spanien. (D. Schriftl.)

Die Heimführung v. Richthofens

Die Ueberführung der Leiche des am 21. April 1918 in Frankreich abgeschossenen erfolgreichsten deutschen Kampffliegers Freiherr Manfred v. Richthofen wird Mitte dieses Monats erfolgen. Die Engländer, an deren Frontabschnitt nördlich von Amiens Richthofen gefallen war, hatten ihn zuerst dicht am Sommeufer beigesetzt. Nach dem Kriege, als bei den Aufräumungsarbeiten im Kampfgebiet die einzelnen Gräber zu größeren oder kleineren Friedhöfen vereinigt wurden, erfolgte auch die Umbettung der Gebeine Richthofens und ihre erneute Beisetzung auf einem kleinen, von den Engländern gepachteten Soldatenfriedhof in der Nähe von Albert. Da diese Pachtzeit jetzt abläuft und die Gefahr besteht, daß die dort ruhenden Krieger abermals umgebettet werden müssen, hat sich die Familie des Fliegers entschlossen, die Ueberführung der Leiche nach Deutschland in die Wege zu leiten.

Koloniales Hoffen

Von Dr. Külz, M. d. R.

Durch das deutsche Volk geht gegenwärtig ein stärkerer kolonialer Wille, als er in normalen Zeiten vor dem Kriege zu beobachten war. Der Kolonialgedanke war vor dem Kriege Gemeingut einer verhältnismäßig nur kleinen Schicht, und abgesehen von der Aera Dernburg hat er die breiten Massen des Volkes eigentlich nie richtig ergriffen. Es mußte erst der Verlust der Kolonien kommen, ehe ihr Wert und ihre Notwendigkeit von der Masse des deutschen Volkes erkannt wurden.

Zu dem Schmachvollsten, was uns im Gewaltakt von Versailles, den leider immer noch viele Deutsche Frieden nennen, auferlegt worden ist, gehören die Wegnahme der Kolonien und die Begründung, unter der dies geschehen ist. Sie findet ihren geradezu zynischen Ausdruck in der Antwort der feindlichen Mächte, auf die Bemerkung der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen mit dem ungeheuerlichen Satz: „Deutschlands Versagen auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation ist zu deutlich zutage getreten, als daß die alliierten und assoziierten Mächte ihre Hand zu einem zweiten Versuch bieten und die Verantwortung dafür übernehmen könnten, 13 bis 14 Millionen Eingeborene von neuem einen Schicksal zu überlassen, von dem sie durch den Krieg befreit worden sind." Die Verbündeten setzten damit also neben die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege die Kolonialschuldlüge. Es ist selbstverständlich, daß nichts unversucht gelassen werden durfte, um auch diese Kolonialschuldlüge zu entkräften. Im allgemeinen kann man ihre Widerlegung schon jetzt als gelungen betrachten. Die zahlreichen Anerkennungen der kolonisatorischen Tätigkeit Deutschlands, die vor dem Kriege aus den Reihen unserer späteren Feinde uns geworden sind, lassen sich durch nichts aus der Welt schaffen und sind ein zwingender Beweis dafür, daß unsere Befähigung, Kolonien zu besitzen, von England, Amerika und Frankreich zu einer Zeit anerkannt wurde, als deren objektives Urteil durch den Fanatismus des Krieges noch nicht gestört war. Als Folge der Widerlegung dieser Kolonialschuldlüge muß selbstverständlich eine Wiederzulassung Deutschlands zur kolonialen Welterschließung eintreten. Der Wille zu kolonisatorischer Betätigung hat nichts mit Militarismus und Imperialismus zu tun. Die Frage der Wiederbeteiligung Deutschlands an der kolonialen Entwicklung der Welt ist für uns eine Frage der nationalen Ehre, eine Frage des Rechts und ein Gebot der weltwirtschaftlichen und eigenen wirtschaftlichen Entwicklung.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird für Deutschland sofort die Plattform geben, von der aus es seine Wiederbeteiligung auf kolonialem Gebiete durchsetzen kann. Bei diesem Bestreben wird die deutsche Regierung von allen Parteien gestützt werden. Selbst die Sozialdemokratie wird sich zu einer richtig orientierten Kolonialpolitik restlos bekennen, denn sie wird sich auf das entsinnen, was ihr großer Führer Bebel am 1. Dezember 1906 über diese Frage im Reichstage zusammenfassend erklärt hat: „Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völker, wie es z. B. die europäischen Nationen und die nordamerikanischen Staaten sind, zu fremden Völkern als Befreier und Bildner, als Helfer in der Not,